

Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung Hannover

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl Niedersachsen 2013

Hiermit veröffentlichen wir unsere Wahlentscheidungshilfe zur Landtagswahl in Niedersachsen am 20. Januar 2013.

Zustandekommen

Alle elf zur Landtagswahl stehenden Parteien wurden von uns am 30. Oktober 2012 um Stellungnahme zu jedem der zwölf von uns zur Bewertung gestellten Standpunkte gebeten.

Am 19. Dezember 2012 haben wir diejenigen Parteien, die noch nicht geantwortet hatten, noch einmal mit der Bitte um Rückmeldung angeschrieben.

Verweigerung der SPD

Wegen weiteren Nicht-Antwortens haben wir zudem drei Innenpolitiker der SPD noch ein weiteres, drittes mal angesprochen, und zwar am 4. Januar 2013: Die Bitten gingen an Herrn Klaus-Peter Bachmann, Herrn Karl Heinz Hausmann und Herrn Jürgen Krogmann.

Bis zur Erstellung und Veröffentlichung dieses Dokuments (Stand: 9. Januar 2013) blieben selbst diese persönlich adressierten Schreiben ohne irgendeine Reaktion.

Wir gehen deswegen davon aus, dass sich die SPD und ihre Abgeordneten dazu entschlossen haben, unsere Bitte um Stellungnahme zu ignorieren. Aus welchen Gründen auch immer.

Auflistung und Bewertung

Die Auflistung der Parteien in den Tabellen der folgenden zwölf Seiten erfolgt in der Reihenfolge, in der Sie uns bei uns eingegangen sind, stellt also keinerlei Wertung dar.

Wir veröffentlichen an dieser Stelle nur die von uns auf 150 Zeichen beschränkte Kernantworten. Etwas umfangreichere Erläuterungen (Maximum: 800 Zeichen) gibt es auf unserer Wiki-Seite zu dieser Aktion:

<http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Ortsgruppen/Hannover/Zwoelf-Fragen>

oder als Kurz-Link:

<http://tinyurl.com/12Fragen>



Das Ampel-Symbol zeigt an, ob die von den Parteien getätigten Aussagen die jeweiligen Standpunkte im strengen Sinne umfänglich, teilweise oder gar nicht unterstützen bzw. gar nicht auf den eigentlichen Gehalt der Frage eingehen.

























Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung,
Ortsgruppe Hannover

og-hannover@vorratsdatenspeicherung.de
<http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Hannover/>













Standpunkt Nr. 1:

Kompromisslose Absage an jegliche anlasslose Vorratsdatenspeicherung inklusive jeder Form von IP-Adressen-Vorratsdatenspeicherung.

 Bündnis 90/Die Grünen	Wir setzen uns auf Europa- und Bundesebene in Bundestag und Bundesrat gegen jede Form von Eingriffen in die Grundrechte durch Vorratsdatenspeicherung ...	
 CDU	Die CDU bewertet die Vorratsdatenspeicherung als wichtigen Beitrag zur Inneren Sicherheit. Viele Straftaten konnten nur mit ihr aufgeklärt werden.	
 FDP	Die FDP lehnt die anlasslose Vorratsdatenspeicherung eindeutig ab.	
 Die Linke	DIE LINKE lehnt die Vorratsdatenspeicherung ab. Sie ist ein nicht zu rechtfertigender unverhältnismäßiger Eingriff in die Bürgerrechte.	
 Piratenpartei	Die Piratenpartei lehnt selbstverständlich jegliche Form der Vorratsdatenspeicherung grundsätzlich und kompromisslos ab.	
 SPD	Keine Antwort.	
 Bündnis 21/RRP	Keine Antwort.	
 Die Freiheit	Keine Antwort.	
 Freie Wähler	Keine Antwort.	
 NPD	Keine Antwort.	
 PBC	Keine Antwort.	























Standpunkt Nr. 2:

Abschalten aller polizeilichen Videoüberwachungsanlagen, die der "offenen" Überwachung des öffentlichen Raumes dienen.

 Bündnis 90/Die Grünen	Die permanente Videoüberwachung zu jeder Tages- und Nachtzeit des öffentlichen Raums lehnen wir ab und wollen sie auf ein Mindestmaß einschränken.	
 CDU	Der Einsatz von Videoüberwachung an besonders frequentierten öffentlichen Plätzen trägt maßgeblich zur Prävention und Aufklärung von Straftaten bei.	
 FDP	Der Überwachung öffentlicher Räume mittels Videoaufzeichnung stehen wir kritisch gegenüber, da sie einen Eingriff in die informationelle Selbstbestimm ...	
 Die Linke	Polizeiliche Videoüberwachung ist kein sinnvolles Mittel. Kriminalität wird lediglich verdrängt, unbescholtene Bürger geraten in das Visier der Polizei.	
 Piratenpartei	Auf Versammlungen sollen Ordnungskräfte Videoaufzeichnungen nur anfertigen dürfen, wenn diese unumgänglich sind.	
 SPD	Keine Antwort.	
 Bündnis 21/RRP	Keine Antwort.	
 Die Freiheit	Keine Antwort.	
 Freie Wähler	Keine Antwort.	
 NPD	Keine Antwort.	
 PBC	Keine Antwort.	














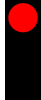








Standpunkt Nr. 3:

Einführung eines Katasters aller Videoüberwachungsanlagen samt Sanktionen bei Nichteinhaltung einer dazugehörigen Meldepflicht.

 Bündnis 90/Die Grünen	Ein öffentlich einsehbares "Anlagenkataster" mit Angaben zum Standort, Anlass, Zweck und Anzahl der Videoüberwachungsanlagen ist notwendig.	
 CDU	Aus Sicht der CDU ist die Forderung nach einem Kataster samt Sanktionskatalog unzweckmäßig und hinderlich zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit.	
 FDP	Wir wollen keine zusätzliche Bürokratie schaffen und befürworten stattdessen einen maßvollen Umgang mit der Videoüberwachung.	
 Die Linke	DIE LINKE ist für eine vollständige Erfassung von Videoüberwachungsanlagen und tritt bei Verstößen gegen eine Meldepflicht für Sanktionen ein.	
 Piratenpartei	Bei in öffentlichen Räumen installierten Kameras sollen Betreiber, zuständiger Datenschutzbeauftragte und Art der Speicherung/Erfassung erkenntlich s...	
 SPD	Keine Antwort.	
 Bündnis 21/RRP	Keine Antwort.	
 Die Freiheit	Keine Antwort.	
 Freie Wähler	Keine Antwort.	
 NPD	Keine Antwort.	
 PBC	Keine Antwort.	























Standpunkt Nr. 4:

Abschaffung des Vermummungsverbots als Straftatbestand.

 Bündnis 90/Die Grünen	In unserem Entwurf für ein Versammlungsfreiheitsgesetz haben wir den Verstoß gegen das Vermummungsverbot bewusst nur als Ordnungswidrigkeit vorgesehen.	
 CDU	Das Vermummungsverbot trägt zum Schutz von Polizisten vor Gewalt u. a. aus dem sogenannten „Schwarzen Block“ bei und ist daher aufrecht zu erhalten.	
 FDP	Die FDP hält das Verbot zur Strafverfolgung für notwendig. Straftäter, die sich gewaltsam an Versammlungen beteiligen, dürfen sich nicht sicher fühlen.	
 Die Linke	DIE LINKE unterstützt diese Forderung.	
 Piratenpartei	Wir wollen neue Demonstrationsformen, wie z.B. Flashmobs fördern - die regelmäßig mit "Vermummung" oder "Maskierung" einhergehen.	
 SPD	Keine Antwort.	
 Bündnis 21/RRP	Keine Antwort.	
 Die Freiheit	Keine Antwort.	
 Freie Wähler	Keine Antwort.	
 NPD	Keine Antwort.	
 PBC	Keine Antwort.	





















Standpunkt Nr. 5:

Einführung einer Pflicht zur pseudonymen, die Anonymität der Polizisten und Polizistinnen schützenden Kennzeichnung.

 Bündnis 90/Die Grünen	Die Grünen fordern schon seit vielen Jahren und aktuell in unserem Antrag zur Änderung des Nds. Polizeigesetz, die Kennzeichnung von PolizistInnen.	
 CDU	Polizeibeamte sind zur Kontrolle bereits heute einer Dienststelle zuzuordnen und selber Träger von schützenswerten Persönlichkeitsrechten.	
 FDP	Wir stehen einer anonymen Kennzeichnung grundsätzlich positiv gegenüber, halten aber eine Einführung in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Polizeivo ...	
 Die Linke	DIE LINKE will eine Kennzeichnungspflicht für PolizeibeamtInnen. Dies kann durch Namensschilder oder durch individuelle Kennziffern geschehen.	
 Piratenpartei	Wir setzen uns für eine pseudonyme Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten ein.	
 SPD	Keine Antwort.	
 Bündnis 21/RRP	Keine Antwort.	
 Die Freiheit	Keine Antwort.	
 Freie Wähler	Keine Antwort.	
 NPD	Keine Antwort.	
 PBC	Keine Antwort.	























Standpunkt Nr. 6:

Abschaffung aller Bundes- und Ländergeheimdienste (BND, MAD, Verfassungsschutzämter).

 Bündnis 90/Die Grünen	Die Grünen in Niedersachsen haben im Oktober die Forderung nach Auflösung des Landesverfassungsschutzes beschlossen.	
 CDU	Der Verfassungsschutz leistet einen Beitrag zur Bekämpfung jeder Form von Extremismus und ist als Frühwarnsystem unserer Demokratie unverzichtbar.	
 FDP	Die FDP spricht sich vor allem vor dem Hintergrund der Erkenntnisse der letzten Monate zu den Aktivitäten der NSU-Gruppe für eine Reform der Geheimdie ...	
 Die Linke	Der niedersächsische Verfassungsschutz muss aufgelöst werden. Insbesondere muss die Tätigkeit des Verfassungsschutzes in Schulen beendet werden.	
 Piratenpartei	Der Verfassungsschutz ist ein Fremdkörper in der Demokratie und wir fordern seine Abschaffung.	
 SPD	Keine Antwort.	
 Bündnis 21/RRP	Keine Antwort.	
 Die Freiheit	Keine Antwort.	
 Freie Wähler	Keine Antwort.	
 NPD	Keine Antwort.	
 PBC	Keine Antwort.	

Standpunkt Nr. 7:

Grundsätzliches Verbot von Anschaffung und Einsatz von Polizeidrohnen.

 Bündnis 90/Die Grünen	Öffentliche und private Überwachungsdrohnen werden von den Grünen wegen Verletzung der Persönlichkeitsrechte prinzipiell abgelehnt.	
 CDU	Der bedarfsgerechte Einsatz von Drohnen kann wie bei Hubschraubern die Sicherheit der Polizisten und Bürger im Einsatz erhöhen.	
 FDP	Polizeidrohnen können in unübersichtlichen Lagen, wie beispielsweise einem Castor-Transport, die einzige Möglichkeit sein, das Einsatzgeschehen zu beh ...	
 Die Linke	DIE LINKE lehnt den Einsatz von Polizeidrohnen ab.	
 Piratenpartei	Wir wollen den bisher sehr weitgehenden Einsatz von Drohnen durch polizeiliche Einsatzkräfte unterbinden.	
 SPD	Keine Antwort.	
 Bündnis 21/RRP	Keine Antwort.	
 Die Freiheit	Keine Antwort.	
 Freie Wähler	Keine Antwort.	
 NPD	Keine Antwort.	
 PBC	Keine Antwort.	














Standpunkt Nr. 8:

Nichtnutzung von und Nichtkooperation der Systeme von "Sonderdateien" (z.B. "Gewalttäter Sport", "Sonderdatei rechte Gewalttäter" und "Sonderdatei linke Gewalttäter") und anderen zentralen Datenzusammenführungen, die das Trennungsgebot aufweichen (z.B. GTAZ, GASIM, GIZ, NCAZ, GAR).

 Bündnis 90/Die Grünen	Nichtpräventiv, nur bei dringendem Tatverdacht und ohne direkte Rechtsfolge halten wir einzelne Dateien mit beschränkter Zugriffsmöglichkeit für unver ...	
 CDU	Es wäre unverständlich und falsch, den Sicherheitsbehörden jede Nutzung neuer Technologien zu verbieten. Die deutsche Polizei ist keine Bedrohung.	
 FDP	Verschiedene Kriminalitätsphänomene haben in den letzten Jahren gezeigt, dass ein gewisses Maß an Austausch notwendig ist, wobei das Trennungsprinzip ...	
 Die Linke	DIE LINKE unterstützt diese Forderungen. Das Trennungsgebot darf nicht weiter aufgeweicht werden.	
 Piratenpartei	Wir fordern, das Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten durchzusetzen. Dies betrifft natürlich auch gemeinsame Datenbanken und "Sonderdateien".	
 SPD	Keine Antwort.	
 Bündnis 21/RRP	Keine Antwort.	
 Die Freiheit	Keine Antwort.	
 Freie Wähler	Keine Antwort.	
 NPD	Keine Antwort.	
 PBC	Keine Antwort.	


Standpunkt Nr. 9:

Allgemeines Verbot des Einsatzes von "Staatstrojanern" und anderen Mitteln, die den behördlichen Zugriff auf Privatrechnern ermöglichen.

 Bündnis 90/Die Grünen	Onlineüberwachung und unkontrollierte Spionage-Software lehnen wir grundsätzlich ab.	
 CDU	Die Polizei muss in einem Rechtsstaat nach richterlicher Anordnung solche Maßnahmen vornehmen dürfen, um Straftaten aufzuklären.	
 FDP	Wir lehnen Online-Durchsuchungen ab. Das Instrument der Quellen-TKÜ muss jedoch zu Zwecken der Strafverfolgung in den engen verfassungsrechtlichen Gre ...	
 Die Linke	DIE LINKE hält "Staatstrojaner"-Einsätze für unzulässige Grundrechtseingriffe. Es fehlt dafür die Rechtsgrundlage, der Einsatz muss unterbleiben.	
 Piratenpartei	Wir lehnen den Einsatz von Spionagesoftware durch Behörden, Legalisierung durch Gesetze sowie Finanzierung und Entwicklung derartiger Software ab.	
 SPD	Keine Antwort.	
 Bündnis 21/RRP	Keine Antwort.	
 Die Freiheit	Keine Antwort.	
 Freie Wähler	Keine Antwort.	
 NPD	Keine Antwort.	
 PBC	Keine Antwort.	



Standpunkt Nr. 10:

Grundsätzliche Öffnung aller Landtagsausschuss-Sitzungen für interessierte Menschen außer in einzelnen Ausnahmefällen.

 Bündnis 90/Die Grünen	Aus Transparenzgründen halten wir öffentliche Ausschusssitzungen im Landtag für notwendig.	
 CDU	Die CDU will die Transparenz der parlamentarischen Arbeit im Niedersächsischen Landtag u. a. durch ein eigenes Landtagsfernsehen nachhaltig stärken.	
 FDP	Wir befürworten Transparenz bei parlamentarischen Prozessen. Verlust von Offenheit durch rein öffentlichkeitsorientiertes Handeln muss jedoch vermiede ...	
 Die Linke	DIE LINKE hat sich für eine grundsätzliche Öffnung aller Landtagsausschusssitzungen ausgesprochen.	
 Piratenpartei	Wir wollen, dass alle Ausschüsse als Standardeinstellung öffentlich zugänglich sind.	
 SPD	Keine Antwort.	
 Bündnis 21/RRP	Keine Antwort.	
 Die Freiheit	Keine Antwort.	
 Freie Wähler	Keine Antwort.	
 NPD	Keine Antwort.	
 PBC	Keine Antwort.	






















Standpunkt Nr. 11:

Einführung eines bürgerfreundlichen Informationsfreiheitsgesetzes für Niedersachsen.

 Bündnis 90/Die Grünen	Unbedingt: Unser Gesetzentwurf für ein Informationsfreiheitsgesetz in Niedersachsen wurde 2010 von CDU/FDP abgelehnt.	
 CDU	Verwaltungshandeln hat fast immer sensible Daten von Bürgern zum Gegenstand, die nicht mit veröffentlicht werden dürfen.	
 FDP	Wir wollen ein Informationsfreiheitsgesetz für mehr Transparenz in der Verwaltung, wobei der Datenschutz unbedingt berücksichtigt werden muss.	
 Die Linke	DIE LINKE hat sich stets für ein Informationsfreiheitsgesetz für Niedersachsen eingesetzt.	
 Piratenpartei	Wir wollen ein Transparenzgesetz schaffen, das die Veröffentlichungspflichten auf den verschiedenen staatlichen Ebenen eine rechtliche Basis gibt.	
 SPD	Keine Antwort.	
 Bündnis 21/RRP	Keine Antwort.	
 Die Freiheit	Keine Antwort.	
 Freie Wähler	Keine Antwort.	
 NPD	Keine Antwort.	
 PBC	Keine Antwort.	

Standpunkt Nr. 12:

Verbot der Präsenz von durch Steuergeldern finanzierte Stellen und Behörden in kommerziell ausgerichteten „sozialen Netzwerken“ wie z.B. Facebook, Google+ und Twitter.

 <p>Bündnis 90/Die Grünen</p>	<p>Die Grünen sind für die Nutzung von sozialen Netzwerken, wobei ein umfassender Schutz von personenbezogenen Daten gewährleistet sein muss.</p>	
 <p>CDU</p>	<p>Behörden müssen in modernen Medien präsent sein. Die Facebookfahndung ist ein großer Erfolg.</p>	
 <p>FDP</p>	<p>Soweit die Präsenz der Verbesserung der Serviceorientierung und des Dialogs mit den Bürgerinnen und Bürgern dient, sind wir gegen ein Verbot.</p>	
 <p>Die Linke</p>	<p>DIE LINKE fordert: Keine Strafverfolgung über solche Netzwerke, weil die Daten zu Unrecht Verfolgter später nicht mehr aus dem Netz zu bekommen sind.</p>	
 <p>Piratenpartei</p>	<p>Hierzu haben wir in Niedersachsen keinen Beschluss.</p>	
 <p>SPD</p>	<p>Keine Antwort.</p>	
 <p>Bündnis 21/RRP</p>	<p>Keine Antwort.</p>	
 <p>Die Freiheit</p>	<p>Keine Antwort.</p>	
 <p>Freie Wähler</p>	<p>Keine Antwort.</p>	
 <p>NPD</p>	<p>Keine Antwort.</p>	
 <p>PBC</p>	<p>Keine Antwort.</p>	